

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/031(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 10.08.2018	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08. 06. 2018 - öffentlicher Teil T0011/18
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Sozialticket A0034/18
Fraktion DIE LINKE/future! Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.1.1 Sozialticket S0120/18
BE: Bürgermeister

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 5.2 | ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg
Fraktion Magdeburger Gartenpartei | A0051/18 |
| 5.2.1 | Punkt 1 | |
| 5.2.2 | Punkt 2 | |
| 5.2.3 | ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Bürgermeister | S0153/18 |
| 6 | Beschlussvorlagen und Informationen | |
| 6.1 | Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2019
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0315/18 |
| 6.2 | Prüfauftrag - A0106/17 - Ein Hassel für Alle
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | I0107/18 |
| 7 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR H.-J. Schuster

Dr. Falko Grube

Jens Rösler

Christian Hausmann

i.V.f. SR Hitzeroth

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hans-Jörg Schuster

Jens Hitzeroth

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08. 06. 2018 - öffentlicher Teil Vorlage: T0011/18

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 08. 06. 2018 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 4 Enthaltungen bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Sozialticket Vorlage: A0034/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert über die Ergebnisse der Behandlung des Antrages in den Ausschüssen GeSo und FG und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis auf die in der Stellungnahme der Verwaltung getroffene deutliche Aussage, dass die beantragte Variante eines Sozialtickets in eine gutachterliche Prüfung aufgenommen werden soll. Im Ergebnis dieser Prüfung werden im Verkehrsverbund marego entschieden, ob es dieses Angebot geben kann. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass Tarifänderungen Auswirkungen auf den Verkehrsverbund haben können, die derzeit nicht abgeschätzt werden können und deshalb zunächst das Prüfergebnis aufgewartet werden soll.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass sich seine Fraktion dieser Aussage anschließen kann. Er erklärt, dass sich jedoch seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird und ggf. einen entsprechenden Änderungsantrag zur Behandlung im Stadtrat einbringt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, geht nochmals auf das Anliegen des Antrages ein und merkt an, dass dieser als richtungsweisend anzusehen ist. Er macht darauf aufmerksam, dass andere Verkehrsverbünde bereits aufzeigen, dass es auch andere Tarife geben kann.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass sich hier die Frage stellt, welche Konsequenzen sich ergeben können und verweist auf den sich darauf ergebenden erhöhten finanziellen Zuschuss pro Jahr, welcher letztendlich bezahlt werden müsse. Er spricht sich dafür aus, die gutachterliche Prüfung abzuwarten.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Leiterin des Amtes für Gleichstellungsfragen Frau Ponitka, informiert über ihre Teilnahme an der 3. Nationalen Konferenz zur europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene und bezeichnet es hinsichtlich geschlechterspezifischer Belange als gutes Signal, wenn sich die Stadt Magdeburg hier entsprechend positioniert.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, kritisiert die aus seiner Sicht zu konkrete Antragstellung. Mit dem Hinweis darauf, keinesfalls gegen ein Sozialticket zu sein, erklärt er, aus diesem Grund dem Antrag nicht zustimmen zu können.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, stimmt der Auffassung des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Kostenübernahme zu, verweist jedoch darauf, dass in anderen Verkehrsverbänden diese Kostenübernahme vorgenommen wird. Er unterstützt die Auffassung, zunächst das Prüfergebnis abzuwarten und legt seine Sichtweise dar, dann zu einem späteren Zeitpunkt nochmals die Thematik zu behandeln.

Zur Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob die Behandlung des Antrages bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses zurückgestellt werden sollte, trifft Stadtrat Müller die Feststellung, dass es eine Disproportionalität zwischen Antrag und Stellungnahme gibt. Als fraglich sieht er an, ob der Antrag mittels eines Änderungsantrages angepasst werden sollte und spricht sich dafür aus, eine konkrete Lösung zu finden. Er erklärt, dass sich seine Fraktion in der Lage sieht, heute über den Antrag abzustimmen. Möglicherweise liege auch bis zur Behandlung des Antrages im Stadtrat das Prüfergebnis bereits vor.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0034/18 der Fraktionen Die LINKE/future! und Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 20. 09. 2018 zu beschließen.

5.1.1. Sozialticket Vorlage: S0120/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0051/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und geht dabei kritisch auf die Aussagen hinsichtlich der Kosten und die erfolgte Einschätzung der Nichtumsetzbarkeit ein. Er legt seine Auffassung dar, dass für Kinder die finanziellen Mittel da sein müssten.

Klarstellend führt der Bürgermeister Herr Zimmermann aus, dass sich die in der Stellungnahme benannten Kosten in Höhe von 100 TEUR auf die verkehrliche Erschließung der Kleingartenanlagen beziehen und nicht im Zusammenhang mit dem Schülertransport stehen. Zur Frage des Schülertransportes merkt er an, dass aus heutiger Sicht die Schülerbeförderung gewährleistet ist. Sollte im Einzelfall die Beförderung nicht gesichert sein, müsse der Schulträger, d.h. der Fachbereich 40, eine Lösung herbeiführen. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass eine solche dramatische Situation, wie sie im Antrag geschildert wird, momentan nicht erkennbar ist.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, geht auf Punkt 1 der Antragstellung ein und verweist auf die Thematik der Tafelgärten. Für ihn sei von Interesse, ob es sinnvoll sei, zur Unterstützung der in den Tafelgärten Tätigen, den Einsatz eines Busses morgens und eines Busses nach Beendigung der Arbeit vorzunehmen, um den Zugang zur Arbeit zu erleichtern. Vorstellbar sei für ihn, dies als Änderungsantrag einzubringen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, macht darauf aufmerksam zu überlegen, in welchem Verhältnis von Aufwand und Nutzen eine Umsetzung der beantragten Anbindung zu sehen ist. Er legt seine Auffassung dar, dass diese Anbindung zu wenig Nutzer haben wird.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, stimmt dieser Auffassung zu und merkt an, dass aus seiner Sicht die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt ist und erklärt, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, gibt zu, den Ursprungsantrag ebenfalls als problematisch anzusehen und diesem nicht zustimmen zu können. Klarstellend zum Tafelgärten-Projekt verweist er auf dessen bisherige erfolgreiche Durchführung. Für ihn sei jedoch nicht ersichtlich, dass die Ermöglichung von zwei täglichen Fahrten einen zu großen Aufwand bedeuten soll. Mit Hinweis auf die in der öffentlichen Verwaltung bestehende Nutzungsmöglichkeit eines Jobtickets äußert er den Wunsch zu prüfen, dass auch anderen Kollegen die Möglichkeit gegeben werden sollte, einfacher zur Arbeit zu kommen.

Der Oberbürgermeister stellt deutlich klar, dass die Nutzung des Jobtickets durch Mitarbeiter der Verwaltung nicht mit der Bereitstellung besondere Nahverkehrslinien verbunden ist.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage auf, wie jetzt formal mit dem Antrag umgegangen werden soll. Mit dem Hinweis, dass der Antrag zwei inhaltlich unterschiedliche Themen enthält, spricht sie sich für eine getrennte Abstimmung aus. Zum Punkt 1 des Antrages sieht sie diesen als Prüfauftrag an und bezeichnet es als sinnvoll, Aufwand und Nutzen prüfen zu lassen. Vorstellbar sei für sie ein bis zwei tägliche Fahrten über eine Art Rufbus zu sichern.

Zur Schülerbeförderung sieht sie es als sinnvoll an, die ÖPNV-Anbindung zu prüfen und das Prüfergebnis mit den Eltern der betreffenden Schulen zu besprechen. Erklärend verweist sie auf ihre gemachte Erfahrung, dass die Schülerbeförderung in Olvenstedt und Ottersleben nicht so gut funktioniert.

Zum 1. Punkt des Antrages vertritt Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Auffassung, dass dieser Prüfauftrag erfüllt wurde und erklärt, dass Prüfergebnis nachvollziehen zu können.

Bezüglich Punkt 2 vertritt er die Auffassung, dass es sich hier um eine Bitte handelt, die erfüllt werden soll. Da ihm nicht klar ist, ob hier ein tatsächlicher Bedarf besteht, werde er sich bei der Abstimmung enthalten.

Eingehend auf Punkt 1 des Antrages nimmt Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, Bezug auf die angesprochene Thematik der Tafelgärten und merkt an, dass hierbei Mitarbeiter der AQB betroffen sind. Mit dem Hinweis darauf, dass es sich bei der AQB um ein Unternehmen handelt, legt er seine Auffassung dar, dass dieses in Eigenverantwortung für die Beförderung seiner Mitarbeiter zu sorgen hat.

Zur Frage der Schülerbeförderung merkt er an, dass seitens der Verwaltung in vielen Fällen die entsprechenden Prüfungen durchgeführt wurden und hier Lösungen gefunden wurden. Er legt seine Sicht dar, dass die beantragte Beförderung bereits durchgeführt wird, so dass eine entsprechende Beschlussfassung unnötig sei.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, geht nochmals klarstellend auf das Anliegen des Punktes 1 des Antrages ein und verweist darauf, dass die Anbindung der Wanzleber Chaussee Thema der Bürger in der GWA Ottersleben war. Er bittet um Abstimmung beider Antragspunkte.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über Abstimmungen hinsichtlich Schulbeginnzeiten und Fahrzeiten des ÖPNV im Stadtteil Diesdorf und äußert seine Erwartung, dass entsprechende Abstimmungen auch im Stadtteil Ottersleben erfolgen. Insbesondere merkt er an, dass bisher keine diesbezüglichen Beschwerden zu verzeichnen sind. Aus seiner Sicht sei somit der Antrag entbehrlich.

Hinweis: Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

Entsprechend dem Vorschlag der Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, stellt der Oberbürgermeister die Punkte des Antrages einzeln zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 1** des Antrages A0051/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei in seiner Sitzung am 20. 09. 2018 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 2** des Antrages A0051/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei in seiner Sitzung am 20. 09. 2018 nicht zu beschließen.

5.2.3. ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0153/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2019
Vorlage: DS0315/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache geht der Beigeordnete Herr Platz auf den Prozess ein, dass System der 10 Wahlbereiche auf den Prüfstand zu stellen und zu reduzieren. Er merkt an, dass es in der Diskussion zur Reduzierung der Wahlbereiche aus den Fraktionen keinen Widerhall gab. Aus diesem Grund werde bei dem bisherigen System geblieben. Um der Vorgabe zu entsprechen, dass die Wahlbereiche größtmäßig in etwa gleichbleiben, werde nunmehr eine minimale Verschiebung in den Wahlbereichen vorgeschlagen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die vorgeschlagene Abweichung als annehmbar. Dabei müsse man sich jedoch bewusst machen, dass die Wahlbereiche 01 und 03 weniger Stadträte entsenden, da hier die Größenordnung der Wahlberechtigten eine Rolle spielt. Er legt dar, dass die vorgeschlagene Änderung rechtlich in Ordnung sei, er der Drucksache jedoch nicht zustimmen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung dem Stadtrat, die Drucksache DS0315/18 in seiner Sitzung am 20. 09. 2018 zu beschließen.

6.2. Prüfauftrag - A0106/17 - Ein Hassel für Alle
Vorlage: I0107/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet es eingehend auf die Information als enttäuschend, dass die Verwaltung zu bestimmten Punkten des im Stadtrat beschlossenen Antrages A0106/17 keinen Handlungsbedarf sieht.

Den Darlegungen hinsichtlich der Öffnung der Liebigstraße könne er zwar folgen, zu anderen Bereichen vertritt er jedoch die Auffassung, dass hier eine Gestaltung sehr wohl möglich sei. Die vorliegende Information zeige, dass das nicht gewünscht sei.

Der Oberbürgermeister merkt an, diese Auffassung nicht unterstreichen zu können und verweist darauf, dass alle im Antrag A0106/17 enthaltenen Punkte untersucht wurden. Mit der Information werde nunmehr das Ergebnis vorgelegt.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, verweist darauf, dass der Standort Hasselbachplatz unter Denkmalschutz steht. Kritisch merkt er an, dass bei den in den letzten 50 Jahren vorgenommenen Veränderungen der Denkmalschutz keine Beachtung gefunden hat.

Erläuternd informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass sich die Verwaltung auf die im Antrag enthaltenen Punkte konzentriert habe. Hierzu gab es in seinem Dezernat Gespräche hinsichtlich ordnungspolitischer Maßnahmen. Insbesondere wurde dabei das Augenmerk auf die Verstärkung der Streifengänge gelegt, welche gem. Stadtratsbeschluss nunmehr regelmäßig bis 02.00 Uhr durchgeführt werden. Nach Wahrnehmung der Verwaltung habe sich die Situation am Hasselbachplatz durch das Einschreiten der Ordnungskräfte beruhigt. Als Schwerpunkte der Bestreifung benennt er Lärmbelästigung, Falschparker und urinieren in der Öffentlichkeit. Hinsichtlich der Spätshops sei auch eine Bewegung zu beobachten. So wurde ein Spätshop in einen Gemüseshop umgewidmet. Ebenfalls erkennbar sei ein Rückgang der Konzentration Jugendlicher aus dem afrikanischen und arabischen Raum, dessen Ursachen jedoch nicht bekannt sind.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Beigeordneten Herrn Platz bringt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Beruhigung der Situation beibehalten werden kann und dass auch weiterhin Präsenz der Ordnungskräfte gezeigt wird. Im Weiteren thematisiert er die Problematik der Shisha-Bars und deren Belüftung und hinterfragt, wo hinsichtlich der Gewerbeerlaubnis geregelt sei, dass diese betrieben werden dürfen.

Klarstellend informiert der Oberbürgermeister, dass sich die Verwaltung bereits seit einem viertel Jahr mit dieser Thematik beschäftige. Problem dabei sei, dass es offiziell keine Shisha-Bars gibt, sondern ein Gaststättengewerbe betrieben wird und hier die entsprechenden Regelungen anzuwenden sind. Er legt dar, dass die Betreibung einer Gaststätte nach dem Gaststättengesetz vergeben wird und die Einhaltung dieser gesetzlichen Regelungen geprüft wird. Er sagt zu, nach Vorliegen von Ergebnissen im Rahmen der Diskussion zur Problematik der Shisha-Bars diesen den Fraktionen zuzuleiten.

Ergänzend führt der anwesende Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann aus, dass im Rahmen einer Gaststättengenehmigung auch die entsprechende Belüftung geprüft werde. Hinsichtlich der Shisha-Bars fehle jedoch die gesetzliche Handhabe.

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

7.1. Neue Neustadt

Zur Nachfrage des Stadtrates Zanders, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, hinsichtlich des aktuellen Standes informiert der Oberbürgermeister, dass die Verwaltung ständig im Gespräch mit den Beteiligten sei, jedoch kein neuer Sachstand zu verzeichnen ist.

Stadtrat Zander gibt den Hinweis auf ihm vorliegende Informationen hinsichtlich einer Verschlechterung der Situation im Stadtgebiet Neue Neustadt.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz über ein Schreiben der Wohnungsgenossenschaft hinsichtlich der derzeitigen Situation. Er merkt an, dass in der Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die Problematik, die durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsteht, nicht innerhalb kürzester Zeit gelöst werden kann und es sich um einen langfristigen Prozess handelt.

Im Weiteren macht er auf die Problemstellung aufmerksam, dass auf Grund der derzeitigen heißen Witterung öffentliche Plätze verstärkt genutzt werden und damit eine Verstärkung der Lärmproblematik zu verzeichnen ist. Hier werde versucht, durch regelmäßige Kontrollen mehr Präsenz zu zeigen. Ebenfalls stehe die Verwaltung mit den Stadtteilmanagern in engem Kontakt.

Der Oberbürgermeister bekräftigt, dass sich die Problematik auch mit kommunalen Mitteln nicht unmittelbar lösen lässt. Jedoch gibt es intensive Abstimmungen und Kontrollen u.a. auch mit der Zollbehörde. Vierteljährlich werde er über die Ergebnisse und den aktuellen Sachstand informiert.

7.2. Ehemalige JVA

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf eine Presseveröffentlichung, nach der die ehemalige JVA zum Verkauf stehen solle. Er wirft die Frage auf, wie dies durch die Verwaltung beurteilt wird und ob es bereits ein entsprechendes Verfahren gibt.

Beantwortend informiert der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann, dass in der Verwaltung noch kein entsprechender Antrag eingegangen sei.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass ihm diese Thematik auch nur durch die Presseveröffentlichung bekannt sei.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin